

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

werte Kolleginnen und Kollegen,

Vor einem Jahr dachten wir, Corona sei die historische Herausforderung der 2020-er Jahre. Seit dem 24. Februar wissen wir, dass das leider noch nicht alles gewesen ist.

So traumhaft unsere Situation im Vergleich zu der der Menschen in der Ukraine ist, bekommen wir den Krieg doch auch hautnah zu spüren. Wir haben mit dem Aufbau einer Energieabhängigkeit sehenden Auges einem Despoten wesentliche Teile unserer Infrastruktur in die Hand gegeben und damit den Hebel, unsere Lebensgrundlagen schwer zu erschüttern. Was für ein fataler Fehler!

Wir sind zwar zuversichtlich, gut über den Winter zu kommen. Unsere Bitte an Sie, Herr Oberbürgermeister, ist aber: Bilden Sie für diesen Winter vorsorglich verwaltungsintern eine Taskforce, die auch unbürokratisch agieren kann, wenn es ganz dick kommt und vernetzen Sie sie mit der Zivilgesellschaft. Sie haben dafür unsere volle Rückendeckung. Wir wollen, dass niemand erfriert und auch kranke und alte Menschen nicht gesundheitlichem Schaden nehmen, weil sie nur unzureichend heizen können.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Anmerkung: Es ist traurig, dass es eines Hinweises ausgerechnet der Wirtschaftsweisen bedarf, dass in dieser schweren Situation die Wohlhabenden solidarisch ihren Beitrag leisten müssen. Dass in dieser Krise die Schere zwischen arm und reich noch weiter auseinandergeht, weil die Politik nicht in der Lage ist, die wirklich Reichen an den Kosten für die Unterstützung der in Not geratenen Menschen zu beteiligen, ist eine Schande für dieses Land.

Ansonsten aber müssen wir jetzt nach vorne schauen. Alle Kraft und finanziellen Mittel in die erneuerbaren Energien investieren. Denn das ist das Positive an der Doppelkrise: Der Ausweg aus der Klimakrise und der Weg zu mehr Energieunabhängigkeit weisen in die gleiche Richtung: „Energieeffizienz und Erneuerbare.“ Und die Rückmeldungen anlässlich der Aalener Erklärung zum Klimaschutz haben eindrucksvoll bestätigt: Die Transformation ist auch in der Aalener Wirtschaft schon in vollem Gange. Sie bietet enorme Chancen, auf

Sicht gestärkt aus der Krise herauszukommen. Dazu müssen Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen.

Den Beschluss zur Klimaneutralität 2035 gilt es nun umzusetzen. Das Jahr 2023 wird die Stunde der Wahrheit. Jetzt muss die Absicht zur Klimaneutralität messbar gemacht, mit Maßnahmen hinterlegt und ein Monitoring durchgeführt werden. Die Arbeitsgruppen mit den Sachverständigen werden Vorschläge ausarbeiten, mit welcher Maßnahme welche CO₂-Reduktion erreicht werden kann und der Gemeinderat muss dann liefern.

In der Tagespolitik einfach so weitermachen wie bisher, wie es derzeit nach wie vor zu beobachten ist, kann es dann nicht mehr geben.

Die Chance zur Nutzung der Abwärme der Industrie ist in Aalen die Kehrseite des hohen Anteils an den CO₂-Emissionen. Die geplante neue Wärmeachse ist der richtige Weg. Das nutzbare Wärmepotenzial einiger Firmen in Aalen ist hoch. Und allein die Abwärme aus der Kläranlage Hasennest ist mit 12 Mio KWh pro Jahr so viel wie 54% der derzeit im Wärmenetz Aalen zur Verfügung gestellten Wärme. Wir können also aus Fäkalien Edelmetall machen....

Grünes Licht wollen wir in Aalen für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien geben. Fotovoltaik auf allen geeigneten Dächern und auch auf Freiflächen. Bei Letzteren eingebunden in ein ökologisches Gesamtkonzept, das - raffiniert gemacht - sogar noch zur Biodiversität beitragen kann.

Aber wir brauchen auch Strom, wenn die Sonne nicht scheint. Jetzt müssen wir schnell die Weichen für mehr Windkraft stellen. Das bisherige Aalener Motto „Nur ein verhindertes Windrad ist ein gutes Windrad“ muss der Vergangenheit angehören! Der Wind hat sich buchstäblich auch in der Einstellung der Bevölkerung gedreht. Entscheidend für die Akzeptanz ist, dass die Menschen vor Ort auch finanziell am Gewinn der Anlagen beteiligt werden. Wir sollten nochmals intensiv miteinander besprechen, wofür und wie wir professioneller gemanagte Genossenschaftsmodelle zum Laufen bringen.

Den enormen Finanzbedarf des Umbaues unseres Energiesystems und das private Kapital unserer Bürgerinnen und Bürger, die nach sinnvollen Anlagemöglichkeiten suchen, wollen wir zusammenbringen. Gleichzeitig bedarf es einer enormen Kraftanstrengung, um das Netz für die Einspeisung erneuerbarer Energien zu ertüchtigen.

Und schließlich wird die Speicherung der Energie zu einem alles beherrschenden Thema. Wir stellen deshalb den Antrag, dass Aalen zum Vorreiter wird und eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Speicherkraftwerks in Auftrag gibt. Dazu sollen zwei sehr verschiedene neue Technologien der Firmen Energy Vault und CMBlue Energy geprüft, verglichen und bewertet werden.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Mobilität. Da wäre z.B. in Unterkochen der erste schnelle Weg, Klimaschutz und Entlastung zu schaffen, zunächst einmal die Alternativen zum Autoverkehr am Alaufstieg auszubauen. Die erfreuliche Ansiedlung eines Zeiss-Bereichs in Ebnat bietet die Chance, gemeinsam mit dem Unternehmen moderne und umweltfreundliche Verkehrssysteme zu pushen. Wir müssen sie ergreifen!

Für Kunden und Einpendler in die Stadt fallen uns leider nur neue Parkhäuser ein. Solange sogar der Landkreis seinen Mitarbeitenden einen Tiefgaragenstellplatz auf sage und schreibe 5 Euro pro Monat heruntersubventioniert, beim Jobticket aber nur sehr schwache Konditionen anbietet, ist es noch ein weiter Weg zur umweltfreundlichen Mobilität.

Der Ausbau des ÖPNV ist bei der Mobilität die erste Antwort auf die Klimakrise. Die gute Anbindung aller Teilorte muss zu allen Zeiten gewährleistet sein. Als Anreiz zum Umstieg der Studierenden auf den ÖPNV beantragen wir, bei Anmeldung des Erstwohnsitzes in Aalen zukünftig das angekündigte 365-Euro-Ticket des Landes statt des Semestertickets 2 in den ersten beiden Semestern zu übernehmen. So wären zukünftig auch alle öffentlichen Verkehrsmittel in Baden-Württemberg und somit auch Familienheimfahrten enthalten. Sollte wegen des bundesweiten 49-Euro-Tickets das Angebot des Landes nicht kommen, wollen wir die Kosten dafür übernehmen. Ferner beantragen wir, über das Umweltticket der Stadt mit dem Ziel neu zu beraten, den Umstieg auf das bundesweite 49-Euro-Ticket zu fördern. Das Aalener Umweltticket liegt nur noch 10 Euro unter dem bundesweiten Angebot.

Beim Ausbau der Radinfrastruktur müssen wir gewaltig zulegen. Besonders im verkehrsreichen innerstädtischen bzw. innerörtlichen Raum fehlen sichere Radwege. Bei der Umfrage zur Mobilität anlässlich des Altaufstiegs wurde die Verkehrssicherheit für Radfahrende innerorts als schlecht bewertet. Wir wollen deshalb beschlossene Maßnahmen im wahrsten Sinne schneller auf die Straße bringen. Die Antwort der Verwaltung auf unseren Antrag auf Erhöhung der Mittel für den Radverkehr im letzten Jahr offenbart, dass es personalmäßig bei der Umsetzungsplanung im Tiefbauamt klemmt. Deshalb beantragen wir die Schaffung der Stelle eines Fachplaners/einer Fachplanerin für Radverkehr im Tiefbauamt. Ferner, auch dieses Jahr, die Mittel für den Radverkehr analog zu den Zuschüssen aufzustocken.

Der Widerspruch zwischen dem Handlungsfeld „Landnutzung“ im Klimaaktionsplan und den Begierden beim Flächennutzungsplan wird derzeit besonders offensichtlich.

Wir fordern, bei der Innenentwicklung nochmals richtig draufzusatteln. Das Handlungsprogramm Wohnen ist ein Schritt in die richtige Richtung, um beides – den dringenden Handlungsbedarf, Wohnraum zu schaffen und den sparsamen Umgang mit Flächen – unter einen Hut zu bringen. Die Aktivierung von leerstehendem Wohnraum durch Angebote an die Eigentümer lindert kurzfristig die Wohnungsnot und reduziert den Druck auf die grüne Wiese.

Um das Potenzial des Bestands aber wirklich zu nutzen, müssen wir die Altbaugebiete, in denen sich ein Generationswechsel vollzieht, aktiv managen.

Mit den Anträgen auf Beratung älterer Menschen über die Möglichkeiten der altersgerechten Sanierung ihres Hauses und „Wohnen für Hilfe“, einem Tauschangebot von Hilfe junger Menschen gegen kostenloses Wohnen, möchte die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen erreichen, dass Menschen, die das möchten, so lange wie möglich in ihrem Haus leben können.

Eine zunehmende Zahl älterer Menschen empfinden ihre Häuser jedoch nach dem Auszug der Kinder oder Versterben des Partners/der Partnerin als zu groß, zu beschwerlich und die Pflege und Versorgung ihrer Häuser und Gärten wird ihnen zu viel.

Oft ist aber Hilfe und Unterstützung erforderlich, um attraktive Alternativen aufzuzeigen, abzuwägen und gegebenenfalls auch zu realisieren. Dazu bedarf es passender Wohnungsangebote. Viele Eigentümer wollen in ihrem Quartier bleiben.

Mit unserem Antrag „generationengerechte Angebote“ werden u.a. folgende Ziele verfolgt:

- Schaffung von Netzwerken in allen Altbaugebieten der Stadt und in den Ortschaften
- Angebot alternativer Wohnmöglichkeiten in jedem Bestandsgebiet in Zusammenarbeit mit der Aalener Wohnungsbau
- Entwicklung eines Modellvorhabens mit ca. 10 bis 15 Geschosswohnungen in Modulbauweise, das an verschiedenen Orten der Stadt kostengünstig errichtet werden kann. Optional auch mit Räumen zu Unterbringung von Pflegekräften und mit variablen Grundrissen.

Als Initialzündung für diese Aufgabe soll dafür eine Vollzeitstelle im bereits vorhandenen Bereich des Leerstellenmanagements geschaffen werden. Die Kraft soll zeitnah Konzepte zusammen mit gemeinnützigen Trägern und der Wohnungsbau Aalen GmbH entwickeln und die weiteren Personalbedarfe eruieren.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrer Haushaltsrede als erstes Aufgabenfeld der Kommunalpolitik „Bildung und Betreuung“ genannt und ausgeführt, dass diese Ausgaben in den kommenden Jahren unseren Haushalt wesentlich prägen werden. Das ist gut so. Jeder Euro ist dort gut investiert. Wir unterstützen den bitter notwendigen massiven Ausbau des Angebots an Kita-Plätzen ebenso wie die Investitionen in die Schulen, insbesondere auch für die Ganztagesbetreuung an den Grundschulen. Gerade im Hinblick auf die pandemiebedingten Defizite vieler Kinder, vor allem auch aus benachteiligten Familien, ist aber auch die Schulsozialarbeit wichtiger denn je, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Die Grünen-Fraktion beantragt deshalb, dass alle Aalener Grundschulen zukünftig Zugriff auf Schulsozialarbeit haben sollen.

Ferner beantragen wir, für jedes Schüler I-Pad umgehend Eingabegeräte (Apple-Pencils oder Tastatur) zu beschaffen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um mit den Geräten vernünftig arbeiten zu können.

Für Jugendliche soll nun dieses Jahr endlich unser letztjähriger Antrag umgesetzt werden, im Bereich der östlichen Kernstadt den von Jugendlichen und Kindern dringend gewünschten Dirtpark als Ersatz für des von Mountainbikern selbst geschaffenen Parcours im Tannenwäldle zu schaffen.

Für den von Auszubildenden gebauten Blauwagen beantragen wir einen Zuschuss von 10.000 Euro, damit dieser mit seinem beliebten Kinder- und Familienangebot noch mehr Spielplätze, auch in den Teilorten, anfahren kann.

Zwei Fliegen mit einer Klappe fangen möchten wir mit dem Antrag, eine Planungsrate von 20.000 Euro in den Etat einzustellen, um den Spritzenhausplatz für Kinder und Familien attraktiver zu gestalten. Während es für Kleinkinder in der Innenstadt immerhin eine Rutsche, den Drachen und ein Karussell gibt, fehlen Spiel- und Bewegungsgeräte für ältere Kinder und Jugendliche völlig. So kann einerseits für Familien ein attraktives Angebot zum Verweilen in der Innenstadt geschaffen werden. Andererseits halten Fachleute solche Angebote für einen entscheidenden Faktor, um Gastronomie, Dienstleistung und Handel in den Innenstädten zu beleben. Die Ergebnisse der Bürgerbefragung bestätigen den Wunsch nach mehr Spielplätzen und Aufenthaltsmöglichkeiten in der Innenstadt.

Die Verschuldung müssen wir im Blick haben. Da gilt es, in den kommenden Jahren auf Sicht zu fahren. Ärgerlich sind für uns die enormen Belastungen durch den Steg einschließlich der nachgeschobenen Stegplätze. Die Kosten dafür stehen im umgekehrten Verhältnis zum Nutzen des Bauwerks. Wenn nun doch wenigstens ein Teil der Kosten als Zuschuss vom Steuerzahler bezahlt wird, ist das zwar für den Etat der Stadt erfreulich. Der Steg wird aber als Monument der Verschwendung gut sichtbar bleiben.

Die in meiner Rede genannten und weitere Anträge meiner Fraktion sind der Haushaltsrede beigelegt.

Jetzt geht es darum, in der Krise nach vorne zu schauen und die dafür erforderlichen Veränderungen entschlossen gemeinsam anzugehen.

-7-

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Mitwirkung an diesem Haushalt und den Einsatz bei der Umsetzung unserer gemeinsamen Ziele. Der Kämmerin wünschen wir von dieser Stelle aus alles Gute.

Michael Fleischer

Es gilt das gesprochene Wort

